

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
(20. Ausschuß)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Winfried Pinger, Detlef Helling, Dr. Bernd Klaußner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Roland Kohn, Dr. Irmgard Schwaetzer und der Fraktion der F.D.P.  
– Drucksache 13/10018 –

**Weiterentwicklung des Zentrums für Internationale Zusammenarbeit in Bonn**

- b) Antrag der Abgeordneten Adelheid Tröscher, Dr. R. Werner Schuster, Ingrid Matthäus-Maier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksache 13/9769 –

**Weiterentwicklung des Zentrums für Internationale Zusammenarbeit Bonn**

### **A. Problem**

Beide Anträge weisen darauf hin, daß im Berlin-Bonn-Gesetz vom 26. April 1994 und dem Ausgleichsvertrag von 29. Juni 1994, der zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Ländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie der Region Bonn geschlossen wurde, nicht nur die Sicherstellung einer dauerhaften und fairen Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin, sondern daß auch Leitvorstellungen, Ziele und Ausgleichsmaßnahmen zum Erhalt und zur Förderung des Politikbereiches „Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen“ für Bonn vorgegeben und festgeschrieben worden sind. Daraus ergebe sich die gesamtstaatliche Verpflichtung, die Bundesstadt Bonn zum deutschen Standort für Entwicklungspolitik auszubauen.

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung auffordern, ein inhaltliches und organisatorisches Konzept für das Zentrum für internationale Zusammenarbeit zu entwickeln und verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um die Ansiedlung weiterer nationaler und internationaler Organisationen und Institutionen, einschließlich internationaler Nichtregierungsorganisationen, in Bonn zu erreichen.

Der Antrag der Fraktion der SPD fordert darüber hinaus, zur Unterstützung und Umsetzung der geforderten Maßnahmen gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundesstadt Bonn ein inhaltliches, personelles und finanzielles Konzept für eine Koordinierungs- und Dienstleistungsstelle zu entwickeln, das die Zusammenarbeit mit relevanten Institutionen im In- und Ausland anstrebt und die Grundlagen für das Zentrum für internationale Zusammenarbeit erarbeitet und umsetzt.

### **B. Lösung**

Der Ausschuß hat dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zugestimmt und den Antrag der Fraktion der SPD abgelehnt. Zur Begründung wurde von seiten der Koalitionsfraktionen darauf hingewiesen, daß ihr Antrag die wesentlichen Forderungen an die Bundesregierung enthalte.

### **Mehrheitsentscheidung im Ausschuß**

### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags der Fraktion der SPD und Ablehnung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag – Drucksache 13/10018 – anzunehmen,
- b) den Antrag – Drucksache 13/9769 – abzulehnen.

Bonn, den 6. Mai 1998

**Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Dr. Manfred Lischewski**  
Vorsitzender

**Dr. Winfried Pinger**  
Berichterstatter

**Adelheid Tröscher**  
Berichterstatterin

**Dr. Uschi Eid**  
Berichterstatterin

**Roland Kohn**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Dr. Winfried Pinger, Adelheid Tröscher, Dr. Uschi Eid und Roland Kohn

### I. Zum Beratungsverfahren

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. in der Drucksache 13/10018 und den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 13/9769 in seiner 222. Sitzung am 5. März 1998 zur alleinigen Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat über die beiden Anträge in seiner 74. Sitzung am 6. Mai 1998 beraten. Den Antrag der Fraktion der SPD hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. hat er mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

### II. Zum Inhalt der Beratungen

Die Fraktion der CDU/CSU führte aus, die Weiterentwicklung des Zentrums für Internationale Zusammenarbeit in Bonn sei aufgrund des Bonn-Berlin-Gesetzes Ziel des gesamten Deutschen Bundestages. Die Fraktionen im Ausschuß hätten versucht, sich auf einen übereinstimmenden Antrag zu verständigen. Dies sei nicht ganz gelungen, in dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. aber das wesentliche enthalten. Die Fraktion der CDU/CSU beantragte Zustimmung zu ihrem Antrag.

Die Fraktion der SPD erklärte, es treffe zu, daß versucht worden sei, zu einem gemeinsamen Antrag zu gelangen. Dies sei nicht in allen Punkten, aber doch in der überwiegenden Zahl der Punkte gelungen.

Der Antrag der Fraktion der SPD gehe mit den Nummern 10 und 11 über das hinaus, was auch im Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. beantragt sei. Nach Nummer 10 solle der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, zur Unterstützung und Umsetzung der davor in dem Antrag genannten Maßnahmen gemeinsam mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Bundesstadt Bonn ein inhaltliches, personelles und finanzielles Konzept für eine Koordinierungs- und Dienstleistungsstelle zu entwickeln, die die Zusammenarbeit mit relevanten Institutionen im In- und Ausland anstrebt und die Grundlagen für das Zentrum für Internationale Zusammenarbeit erarbeitet und umsetzt. Nach Nummer 11 solle in der Region Bonn ein nationales Zentrum der Information, Dokumentation, Koordination, Beratung und Forschung im Bereich der internationalen Agrarentwicklung und für das Ressourcenmanagement im Agrar-, Forst-, Fischerei- und Ernährungssektor gebildet werden. Die Fraktion der SPD beantragte, dem Antrag in der Drucksache 13/9769 zuzustimmen. Er sei der konkretere der beiden Anträge.

Die Bundesregierung trug vor, im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung werde gemeinsam mit der Stadt Bonn und dem Land Nordrhein-Westfalen daran gearbeitet, ein Sekretariat für das Zentrum für Internationale Zusammenarbeit einzurichten. Es solle sowohl die inhaltliche Weiterentwicklung des Zentrums unterstützen als auch als Service- und Anlaufstelle dienen. Das Sekretariat solle räumlich im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung untergebracht werden. Die Gespräche mit Stadt und Land kämen sehr gut voran. Man sei der Auffassung, daß man in absehbarer Zeit eine gemeinsame, gut funktionierende Einrichtung haben werde. Damit sei dem Anliegen der Fraktion der SPD unter Nummer 10 ihres Antrags Rechnung getragen.

Bonn, den 6. Mai 1998

**Dr. Winfried Pinger**

Berichterstatter

**Adelheid Tröscher**

Berichterstatterin

**Dr. Uschi Eid**

Berichterstatterin

**Roland Kohn**

Berichterstatter